

## Rede von SPD-FV Berlin, Raed Saleh, Anlässlich der Verleihung des Sozialistenhuts

- es gilt das gesprochene Wort -

**S P E R R F R I S T: Freitag, 06.11.2015 bis 19.00 Uhr**

Anrede,

ich bedanke mich für diese Auszeichnung durch Euren Kreisverband.

Ich danke Hannelore Kraft für Ihre freundliche Laudatio. Und natürlich bin ich dankbar dafür, dass eine profilierte Spitzenpolitikerin und eine der beliebtesten SPD-Politikerinnen, die wir haben, diese Rede gehalten hat. Das passiert einem nicht alle Tage und daran werde ich sicherlich noch lange zurückdenken.

Als ich gehört habe, dass ich den den Sozialistenhut von Euch erhalten werde, habe ich mich sehr gefreut. Ich habe mich gefreut über die Herkunft und die Tradition dieses Hutes und über die früheren Preisträger.

Denn ich habe ein politisches Vorbild. Eine Frau, die wie wenige andere die Sozialdemokratie verkörpert hat und die so direkt mit der Bevölkerung reden konnte, wie kaum eine andere: Regine Hildebrandt, die frühere brandenburgische Sozialministerin – und Trägerin des Sozialistenhuts.

Ich bin stolz, dass ich die gleiche Auszeichnung erhalte, wie Regine Hildebrandt, die für mich immer eine politische Leitfigur bleiben wird.

Ihre Klarheit und ihre Kompromisslosigkeit, begeistern mich nach wie vor. Sie ist für mich eine ganz starke und prägende Figur.

Ein anderer früherer Preisträger, der ebenfalls den Sozialistenhut tragen durfte, ist für mich eine der beeindruckendsten Personen der Sozialdemokratie in der jüngeren Zeit: Ottmar Schreiner.

Er stand für eine SPD, die sich selbst und ihren inneren Kompass nie verliert. Er hat seine Meinung verteidigt, auch wenn sie nicht im Mainstream lag – und er war ein Politiker, durch Widerstände stärker wurde.

Das ist Teil der politischen Kunst: Auch bei Gegenwind seine Richtung nicht zu verlieren – sondern durch den Gegenwind sogar stärker zu werden und zu wachsen.

Ich freue mich und bin dankbar, mit diesem Hut in diese sozialdemokratische Tradition aufgenommen zu werden.

Ich bin selbst auch Kreisvorsitzender der SPD in Spandau und weiß, wie wichtig Traditionen im Parteileben sind. Es sind Traditionen wie Eure, die Halt in der sozialdemokratischen Familie schaffen.

Dieser Hut ist für mich natürlich auch eine Verpflichtung. Gerade als ein Politiker, der noch unter 40 ist, ist das natürlich auch ein Vorschuss-Lob und ich werde alles daran setzen, Eurer Auszeichnung auch in Zukunft gerecht zu werden.

Das heißt für mich: Man darf sich nicht der Beliebigkeit hingeben, sondern muss immer Haltung zeigen und darf sich nicht verstecken, wenn es ungemütlich wird.

Und ich bin fest davon überzeugt, dass die Frage der Haltung ein Thema für die gesamte SPD ist.

Denn ehrlicherweise muss man sagen: Die SPD ist bundesweit betrachtet in keinem guten Zustand.

Wir sind nicht nur seit Jahren im 25-Prozent-Keller gefangen. Viel schlimmer ist: Wir sind viel zu wenig erkennbar und können nicht mehr sagen, wofür wir eigentlich stehen.

Das denken nicht nur die Wähler, sondern auch die Partei in Ihrer Tiefe. Warum gibt es viele, die sich in der SPD nicht mehr heimisch fühlen?

Sicherlich: Vieles ist auf die zweite große Koalition zurückzuführen. Die Mehrwertsteuer-Lüge von 2005 ist und bleibt ein glatter Wahlbetrug. Und natürlich merken sich die Leute sowas. Vertrauen aufzubauen ist schwer, Vertrauen zu verlieren dagegen leicht.

Unsere Glaubwürdigkeit hat auch in jüngster Zeit Schaden genommen.

Viele Teile der SPD-Basis haben Sorgen und Bedenken wegen TTIP und CETA. Sie sind gegen eine Handelspolitik, die unseren Verbraucherschutz und unsere Arbeitsstandards aus dem europäischen Rechtsrahmen herausbrechen würde.

Warum stellt sich die SPD dann nicht viel klarer gegen TTIP und CETA? Warum sind wir nicht die Spitze der Gegenbewegung, zusammen mit den Gewerkschaften und der Zivilgesellschaft, sondern stellen uns gegen diese soziale Bewegung?

Muss dafür erst der CDU-Politiker Norbert Lammert kommen, um uns darüber aufzuklären, dass man auch mal mit Nein stimmen kann, wenn die Transparenz nicht gegeben ist?

Ich glaube Willy Brandt als Parteivorsitzender hätte das nicht zugelassen!

Glaubwürdigkeit hat uns aber auch die jüngste Griechenlandpolitik gekostet.

Wolfgang Schäuble hat mit seiner Parole „Griechen raus“ die Axt an den Euro gelegt. Niemand glaubt an eine Währung, bei der Länder ein- und austreten können je nach Stimmungslage in Europa. Angela Merkel hat das zugelassen. Fast die gesamte SPD-Fraktion im Bundestag hat das extrem kritisch gesehen.

Warum war unser Stopp-Signal gegen diese Anti-Europa-Politik der Union nicht viel

deutlicher? Die Botschaft muss doch sein: Die Bürgerinnen und Bürger Griechenlands sind unsere europäischen Freunde, sie sind Teil unserer europäischen Familie.

Warum haben wir nicht viel klarer formuliert, dass wir die Partei und die Kraft der Solidarität sind, so wie es unsere Freunde in Frankreich und in Italien gemacht haben?

Ich glaube, ein Helmut Schmidt als Bundeskanzler hätte nie zugelassen, dass die SPD in der Eurokrise so wenig erkennbar war.

Auch wenn die öffentliche Meinung gegen Griechenland war – er hätte sich niemals weggeduckt und er hätte nie zugelassen, dass auf dem Rücken des europäischen Projekts Populismus betrieben wird.

Von der SPD erwarten die Leute sozialdemokratische Positionen. Und das zu Recht. Sie erwarten von uns, dass wir Partei ergreifen.

Partei zu sein heißt nicht, es allen Recht zu machen. Sozialdemokratische Partei zu sein heißt, dass sich die Leute auf unsere soziale und demokratische Orientierung verlassen können, auch wenn der Mainstream gegen uns steht. Das schafft Vertrauen und am Ende auch Zustimmung.

Denn nur wer eine Haltung hat und sie bewahrt, kann auch Halt geben.

Von Angela Merkel erzählt man sich in Berlin, dass sie keine politische Entscheidung trifft, bei der sie nicht die Umfrageergebnisse vorher kennt und weiß, dass ihr die Leute zustimmen.

Für eine konservative Partei mag das ausreichen. Von der CDU erwarten die Leute keine Veränderung, sondern dass es so bleibt, wie es ist. Das ist legitim.

Aber von der SPD erwartet man etwas ganz anderes. Von uns wird erwartet, dass wir für Veränderung und Fortschritt stehen. Wir müssen ein Leitbild von der Gesellschaft haben, das besser ist als die Gegenwart. Nur dann erhalten wir Zustimmung.

Die Kunst liegt nicht darin, die Position der Mehrheit zu vertreten und anderen nach dem Mund zu reden, sondern Alternativen aufzuzeigen und aus der Minderheiten- eine Mehrheitsposition zu machen.

Hannelore Kraft hat das für Nordrhein-Westfalen geschafft.

Du hattest am Anfang keine rot-grüne Mehrheit. Und trotzdem warst Du mutig und hast gesagt: Ich trete im Parlament an. Und dann soll die Linkspartei zeigen, wo sie steht.

So wurdest Du Ministerpräsidentin. Und heute hast Du eine Mehrheit im Parlament.

Was wir daraus lernen ist: Mut und Haltung zählen sich aus. Man darf sich nicht vom politischen Gegner diktieren lassen, was man sagt und was man tut.

Als Thilo Sarrazin in einer Zeitschrift namens Lettre International die Menschen einteilte in nützliche und schädliche ethnische Gruppen, da habe ich von meinem Heimatbezirk Spandau aus, ein Parteiausschluss-Verfahren gestartet.

Rassismus und Sozialdemokratie – das kann und darf nicht zusammen gehen.

Er hat den Kern der Sozialdemokratie verletzt. Er hat den Wert eines Menschen nach dessen wirtschaftlichem Nutzen eingeteilt. Und hat den Menschen den Willen und die Fähigkeit zur Integration abgesprochen. Das widerspricht unserem sozialdemokratischen Menschenbild und dies ist für mich nicht verhandelbar.

Als ich das Partei-Verfahren gegen Sarrazin startete, hat mich die Parteiführung persönlich angegriffen und gesagt, ich solle das lassen. Sarrazin führe eine notwendige Debatte, sagte man mir. Vielleicht sei er parteipolitisch sogar nützlich. Mit meiner Haltung war ich in der Partei in der Minderheit.

Dann veröffentlichte Sarrazin sein Buch – und plötzlich waren alle dafür, diesen Mann aus der Partei auszuschliessen.

Das meine ich mit Haltung: Man muss seine Haltung auch dann klar machen, wenn es noch keine Mehrheit dafür gibt.

Und man muss den Mainstream immer hinterfragen. Oft ist der Mainstream zunächst neoliberal, und dann merkt er, dass der Markt doch nicht alles regelt. Und dann zeigen alle mit dem Finger auf die SPD und fragen, warum habt ihr nichts gemacht?

So ist das zum Beispiel bei den Mieten. Jahrelang wurden in Berlin Wohnungen der öffentlichen Hand an Private verkauft. Und heute meckern alle über hohe Mieten.

Als ich zum ersten Mal ins Abgeordnetenhaus kam, da wollte die rot-rote Koalition gerade die Berliner Immobilienholding verkaufen. Das war ein Unternehmen aus den Restbeständen des Bankenskandals.

21.000 Wohnungen sollten an einen britischen Finanzinvestor verkauft werden. Für 120 Millionen Euro. Das sind nur wenige 1000 Euro pro Wohnung. Kein Scherz.

Der Wirtschaftssenator der Linkspartei war übrigens für den Verkauf. Er hat den Sozialismus irgendwie missverstanden.

Gemeinsam mit anderen Abgeordneten habe ich Tag und Nacht in der SPD-Fraktion dafür geworben die Wohnungen zu halten. Am Ende hatten wir eine Mehrheit gegen den Verkauf.

Die Berliner Immobilienholding ist heute ein starkes landeseigenes Immobilienunternehmen. Ihr Gesamtwert beträgt mehrere Milliarden Euro.

Sie erzielt 44 Millionen Euro Gewinn! Aus diesem Gewinn werden jetzt neue Studentenwohnungen in Berlin gebaut.

Und in Berlin wurde seitdem nicht mehr privatisiert. Im Gegenteil: Wir kaufen wieder Wohnraum an!

Beim Großthema dieser Tage, der Integration von Flüchtlingen, geht es auch um Haltung.

Jetzt reden alle über Unterbringung von Flüchtlingen. Oder darüber, wie wir die Grenzen wieder schließen.

Die wirkliche Integration steht uns aber noch bevor. Sie beginnt nämlich dann, wenn die Leute ihre Koffer auspacken.

Dann müssen wir es schaffen, die Fehler der Vergangenheit zu vermeiden und eine gemeinsame Identität von Neuen und Alteingesessenen hervorbringen.

Wenn Integration gelingen soll, dann brauchen wir eine neue deutsche Leitkultur, eine Klammer die die Gesellschaft zusammenhält. Diese Leitkultur müssen wir gemeinsam definieren, Alteingesessene genauso wie die Migrantinnen und Migrantinnen. Die Leitkultur ist eine Richtschnur, die für alle gleichermaßen gilt, egal ob hier geboren oder später zugezogen.

Zu unserer Leitkultur gehört die gewaltfreie Erziehung der Kinder genauso wie die Gleichberechtigung der Frau. Das Erlernen der deutschen Sprache genauso wie die Ablehnung von Antisemitismus und religiösem Fundamentalismus.

Unsere deutsche Geschichte, die wir aufgearbeitet haben und aus der wir selbstkritisch gelernt haben, müssen wir auch Migrantinnen und Migranten vermitteln.

Wir als SPD müssen in diesem Prozess Brücken bauen. Leitkultur heißt: Wir sorgen dafür, dass Deutschland sich für die, die hier sind, weiter wie eine Heimat anfühlt – und es für die, die kommen, zu einer Heimat wird.

Viele in der SPD schrecken beim Wort Leitkultur erst einmal auf. Wir Sozialdemokraten müssen aber genau diese Debatte führen. Wir dürfen sie nicht anderen überlassen. Wir müssen unsere Haltung und unsere Werte einbringen.

In den letzten Jahrzehnten haben wir Integrationspolitik in Deutschland oft schleifen lassen. Konservative hielten an der Lebenslüge fest, dass wir kein Einwanderungsland sind. Andere haben eine multikulturelle Gesellschaft mit *laissez faire* verwechselt.

Eine hinschauende Integrationspolitik unter klaren Regeln – mit dieser Haltung kann die SPD eine versöhnende und gestaltende Rolle in dieser Gesellschaft spielen.

Vor kurzem hat mir ein Sozialarbeiter aus einem Flüchtlingsheim in Berlin erzählt, dass er von einem Mann angesprochen wurde: Er möge die religiöse Überzeugung der Flüchtlinge respektieren und daher solle man es unterlassen, Frauen die Hand zu geben.

Der Sozialarbeiter – selbst Migrant – konterte, er lasse sich das nicht vorschreiben. Und er fragte den Mann, warum er nach Deutschland komme, wenn es ihm hier nicht gefalle. Diese klare Ansprache brauchen wir.

Umgekehrt sage ich: Die neuen Bürgerinnen und Bürger, die hier ankommen und hart arbeiten wollen; die Bildung für ihre Kinder erreichen wollen; die unsere Werte wie Demokratie und den gesellschaftlichen Konsens achten, die sollen und müssen gleichberechtigte Deutsche werden.

Pegida, die AfD, die rhetorischen Brandstifter und die tatsächlichen Brandstifter dieser Republik gehören nicht zur Leitkultur. Diese Leute missachten unsere Werte und oft sogar unsere Gesetze.

Denen, die unsere Heimat zerstören, von sich behaupten Patrioten zu sein und dabei den Begriff des Patriotismus missbrauchen; denen müssen wir aber genauso entschlossen entgegentreten. Wir müssen den Begriff des Patriotismus für uns zurückerobern. Denn sie sind nicht die Patrioten. Wir, die wir unserer Land schätzen, so wie es ist, bunt und vielfältig.

Wir sind die Patrioten.

Sie leben in der Vergangenheit und verschlafen damit die Zukunft. Von Anfang an hat Generalsekretärin Yasmin Fahimi sich klar und deutlich gegen PEGIDA gestellt. Sie hat nicht gezuckt, nur weil die Rechten sich als Bürger verkleidet hatten.

Ich bin auch Heiko Maas für seine klare Haltung in dieser Frage dankbar. Er verteidigt unsere sozialdemokratischen Grundwerte kompromisslos. Und darum geht es gerade jetzt. Wir müssen für unsere Grundwerte eintreten.

Wir dürfen uns nicht von der CDU zu einer Politik treiben lassen, die unserer Haltung widerspricht.

Natürlich muss in den Prozess der Aufnahme von Flüchtlingen mehr Ordnung kommen. Und natürlich ist Deutschland nicht unbegrenzt belastbar. Das sind Selbstverständlichkeiten.

Doch manche versuchen in diesen Tagen, mit einer Rhetorik der Angst parteipolitische Vorteile zu erringen. Da wird erzählt, alle Flüchtlinge seien nicht integrierbar. Andere schüren Ängste, dass durch die Flüchtlinge unsere Sicherheit gefährdet sei.

Man kann aber auch komplett andere Geschichten erzählen:

[Erzählte von der Beerdigung des in Berlin getöteten Mohamed. Opfer war auch der kleine Elias. Auf der Beerdigung hieß es: Mögen unsere Kinder in Frieden ruhen. => Es sind unsere Kinder – Gemeinsamkeit in der Gesellschaft]

Das Beispiel zeigt: Integration wird nicht von Rechts definiert, sondern Integration gelingt im Alltag. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten müssen unserer Haltung treu bleiben.

Wir dürfen nicht vergessen, viele Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten waren in ihrem Leben selbst schon Flüchtlinge.

Wir wissen, was es heißt, um Demokratie und Würde zu kämpfen. Der Sozialistenhut steht genau für diesen Kampf.

Einer der wichtigsten Momente unserer Geschichte ist die Rede, die Otto Wels im Reichstag gehalten hat, als die Nazis das Ermächtigungsgesetz durchsetzten. Er sagte: „Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht.“

Übrigens finde ich, dass niemand mehr diesen Sozialistenhut verdient gehabt hätte, als Otto Wels.

Ich glaube, wenn wir unsere historische Erfahrung immer neu mit Leben füllen, dann wird die SPD in Zukunft wieder zu klaren Haltungen und zu neuer Stärke aus sich selbst heraus finden.